

An die Öffentlichkeit

zur Kampagne „Großprojekt 2006 – Die Lüge zum Völkermord an Armeniern“

Nachdem zahlreiche europäische National- und Regionalparlamente den Völkermord an den Armeniern anerkannt haben, begannen in der Türkei die Erzkonservativen, Kemalisten und Neofaschisten u.a. sich dagegen zu formieren.

Unter der Schirmherrschaft der ehemaligen Staatspräsidenten der Türkei Demirel und „Nordzypriotischen Türkischen Republik“ Denktas fand in Istanbul eine Konferenz über „die Völkermordlüge an den Armeniern“ statt. Auf dieser Konferenz wurde die Kampagne „Großes Projekt 2006 – Die Lüge zum Völkermord an Armeniern“ beschlossen. Die Initiative wurde von der so genannten „Roten Apfelkoalition“, zu der kleine linke Gruppen, Vertreter der türkisch-islamischen These bis zu Neofaschisten und Kemalisten angehören, gegründet.

Die Zielrichtung dieser Kampagne ist in den europäischen Metropolen, hauptsächlich in Berlin, die türkischen MigrantInnenorganisationen und MigrantInnen türkischer Abstammung zu organisieren, um eine Gegenbewegung zu schaffen und damit auf die europäischen Staaten und Öffentlichkeit Druck auszuüben. Diese sollen auf die Behauptung „im Anfang des letzten Jahrhunderts wurde der Völkermord an Armeniern begangen“ verzichten und auf die offizielle These des türkischen Staates umzuschwenken.

Um diese Kampagne zu koordinieren wurden in der Türkei und in verschiedenen europäischen Staaten „Organisationskomitees“ beauftragt. Zum Europavertreter wurde der stellvertretende Vorsitzende der Arbeiterpartei, Mehmet Bedri Gültekin, gewählt.

In Deutschland, wo die wichtigsten Aktionen geplant sind, wurden Tahsin Bayar (Vorsitzender der Koordination von türkischen Vereinen in Deutschland), Dr. Yavuz Dedegil (Vorsitzender des Verbandes von Vereinen zur Förderung des Gedankenguts Kemal Atatürks), Tacettin Yatkin (Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Berlin); und Ali Mercan (Europavertreter des Nationalen TV-Kanals) zu Mitgliedern des Aktionskomitees in Deutschland gewählt. Den Aufruf unterzeichnet haben unter anderem auch die regierungsnahe religiöse Organisation DITIB sowie die Türkischen Sozialdemokraten, und ein türkischer Elternverband.

Die in Berlin geplanten Aktionen sollen unter dem Titel „Berlin - Talat Pasha Bewegung“ koordiniert werden.

Geplant sind laut deren Web-Seiten und des Aufrufs:

- Mittwoch, 15. März 2006 Versammlung am Ort der „Ermordung“ von Talat Pascha und Ehrenbekundung
- Samstag, 18. März 2006 Eine Massendemonstration und Kundgebung mit dem Titel „Schluss mit der Lüge Völkermord an den Armeniern“
Versammlungsort: Ernst-Reuter-Platz/Strasse der 17. Juni
Kundgebung: am Steinplatz
- Sonntag, 19. März 2006 Eine „Talat Pascha Konferenz“ in Berlin

An den oben aufgezählten Aktivitäten sollen nicht nur türkische MigrantInnen aus allen europäischen Staaten teilnehmen sondern auch aus der Türkei. Dazu sollen Busse, Züge und Flugzeuge organisiert werden, um die „Massen“ nach Berlin zu transportieren. Man beabsichtigt nach eigenen Angaben ca. 4 Millionen „Türken“ nach Berlin zu holen.

Talat Pascha gehörte als damaliger Innenminister zu den Drahtziehern des Völkermords an der armenischen Bevölkerung im Osmanischen Reich 1915/16. Er hatte den Plan zur Zwangsumsiedlung und Vertreibung der Armenier aus Anatolien ausgearbeitet und den Befehl zur Ausführung gegeben. Vor 85 Jahren wurde Talat Pascha, der im Exil lebte, von einem armenischen Studenten in der Nähe des Steinplatzes in Berlin erschossen. Eines der Ziele der Organisatoren ist es, den Massenmörder Talat Pascha rein zu waschen und ihn als Helden und Opfer darzustellen.

Die Organisatoren fordern von der europäischen Politik und Öffentlichkeit, auf die Feststellung „Völkermord an den Armeniern“ zu verzichten. Dazu drohen sie in ihrem Aufruf: „ Falls die westlichen Hauptstädte keine Verhältnisse wie in Paris haben wollen, muss die ungerechte und niederträchtige Behandlung der Türkei beendet werden“ (siehe die türkische Tageszeitung Vatan, 14. Februar 2006, Kolumne von Güngör Mengi) Dies ist eine offene Drohung an die Parlamente der europäischen bzw. westlichen Staaten. Sollten diese weiter den Völkermord an Armeniern anerkennen, dann werden die „Türken“ in den Hauptstädten dieser Staaten ähnlich verfahren, wie es vor kurzem in Paris einige Jugendliche getan haben, als es zu tagelang andauernden Krawallen und zur Verwüstung von Stadtteilen kam und das öffentliche Leben lahm gelegt wurde.

Die mittelfristige Absicht der „Roten Apfelkoalition“ in der Türkei und in den europäischen Staaten ist es, nicht nur Druck auf die europäischen Staaten auszuüben sondern auch die Demokratisierung und eine gerechte Lösung der Kurdenfrage, somit die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union zu verhindern. Sie wollen also das Rad der Geschichte zurückdrehen.

Diese Entwicklung muss sowohl von den demokratischen und liberalen Kräften in der Türkei als auch in Europa verhindert werden.

- Wir fordern die Öffentlichkeit und die Justiz in Deutschland auf, die geplanten Aktionen zu verhindern, weil sie auf eine Geschichtsfälschung zielen;
- Wir fordern den Bundestag und die Landtage sowie das Europaparlament auf, diese Aktionen zu verurteilen;
- Wir fordern die Parteien, Gewerkschaften und die Menschenrechtsorganisationen auf, eine Gegenformation dieser geplanten Aktionen zu organisieren;
- Wir fordern die demokratischen türkischen Organisationen und Persönlichkeiten auf, sich gegen die Aktionen auszusprechen.

27. Februar 2005

UnterzeichnerInnen:

- 1.) IMK e.V. - Internationales Zentrum für die Menschenrechte der Kurden, Bonn
- 2.) AWADANI e.V. - Kurdisches Forum in Deutschland e.V., Berlin
- 3.) KOMKAR - Verband der Vereine aus Kurdistan e.V., Köln
- 4.) Yezidisches Forum in Deutschland e.V., Oldenburg
- 5.) Gemeinde der syrischen Kurden in Berlin und Brandenburg e.V., Berlin
- 6.) Verein Kurdischer Ärzte in Deutschland e.V., Berlin
- 7.) SOZK - Soziales und Organisatorisches Zentrum für Kurden, Berlin
- 8.) PEN-KURD, Bremen
- 9.) KOMJIN - Frauenbüro, Wuppertal
- 10.) KOMCIWAN - Verband der kurdischen Jugendlichen in Deutschland, Dortmund

ViSdp: Abubekir Saydam (Geschäftsführer des IMK e.V.)

Postfach 200738, 53 137 Bonn

Tel.: 0228/36 28 02, Fax: 0228/36 32 97, E-Mail: imkkurds@aol.com